

Inhalt

Zu diesem Buch	7
1. Wer waren die Nationalsozialisten?	13
2. Was haben die Nationalsozialisten aus dem Ersten Weltkrieg gelernt?	40
3. Woher kam der Judenhass?	57
4. Das Jahrhundert der Lager	82
5. Der deutsche Professor im Dritten Reich	105
6. Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft	132
7. Deutsches Europa und Großgermanisches Reich	157
8. Barbarossa	184
9. Der Weg zur Ermordung der europäischen Juden	203
10. Nachklänge der «Volksgemeinschaft»	226
11. NS-Eliten in der Bundesrepublik	241
Anhang	
Anmerkungen	264
Verzeichnis der Abkürzungen	279
Literatur	281
Publikationsorte	300
Register	301

Zu diesem Buch

Die Frage, wer die Nationalsozialisten waren, ist die Frage nach dem Charakter der Diktatur. Schon seit den 1920er Jahren und dann verstärkt im Verlauf der Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde sie auf sehr unterschiedliche Weise beantwortet, und immer war mit dieser Antwort eine politische Botschaft verbunden. Als gewalttätiger Verein marginalisierter Außenseiter wurden sie wahrgenommen, als hoffnungsvolle Jugendbewegung, als völkische Schwärmer, als deutsche Faschisten nach dem italienischen Vorbild, als Partei der Arbeitslosen, als Bürgerkriegstruppe oder als anachronistische Antisemitenpartei – und all das traf ja auch zu, wenn auch nur in Teilaspekten.

Neuere Untersuchungen auf der Basis von Wähleranalysen und Parteistatistiken zeigen indes ein eher unspektakuläres Bild. Die NSDAP-Mitglieder waren weit überwiegend männlich und rekrutierten sich in deutlich überrepräsentativem Maße aus der «Kriegsjugendgeneration» der zwischen 1900 und 1915 Geborenen, also der im Jahr 1935 zwischen 20 und 35 Jahre alten Männer. In dieser Altersgruppe war der Anteil der Arbeiter auch höher als in der Generation der zwischen 1880 und 1900 Geborenen, in der Personen aus dem Mittelstand stärker vertreten waren. Insgesamt aber war der Prozentsatz der Arbeiter bei den Parteimitgliedern deutlich geringer als in der Gesamtbevölkerung. Angestellte und Beamte hingegen stießen in den dreißiger Jahren «geradezu in hellen Scharen» zur Partei. NSDAP-Mitglieder kamen eher aus Kleinstädten als aus den urbanen Zentren, sie waren eher protestantisch als katholisch, und in den Zentren der sozialistischen Arbeiterbewegung war ihre Zahl besonders niedrig. Zu den Motiven ihres Parteieintritts gehörten Antisemitismus, Antimarxismus und die Idee des nationalen So-

zialismus, nach dem Krieg gaben sie bei Befragungen indes besonders häufig jugendlichen Idealismus, Opportunismus und äußeren Druck an.¹ Das sind interessante, aber keineswegs überraschende Befunde: ein ziemlich durchschnittlicher Mix aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Zur Beantwortung der politischen Fragen nach dem Charakter der Diktatur und der Unterstützung und Dynamik der nationalsozialistischen Gewaltpolitik tragen sie nur wenig bei.

Nach dem Krieg wurden als «die Nationalsozialisten» zunächst alle Mitglieder der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen verstanden. Damit verbunden war die Überzeugung, dass das «Dritte Reich» vor allem durch eine Massenbewegung gestützt wurde und sich schon dadurch von traditionellen Diktaturen unterschied, die von Honoratioren mithilfe des Militärs gelenkt wurden. Demgegenüber wurde der NS-Staat, besonders von der Linken und in der DDR, als Projekt der traditionellen Eliten bezeichnet, der Großunternehmer und der Militärs vor allem, welche sich der Nationalsozialisten als Instrument bedienten, um ihre Ziele durchzusetzen – eine Vorstellung, die stark vom Aufstieg des italienischen Faschismus geprägt war. Aber in dem Maße, wie die Verbrechen des «Dritten Reiches» in den Vordergrund der Aufmerksamkeit rückten, wurde verstärkt nach Schuld und Verantwortung gefragt, und damit traten die Mitglieder der Terrororganisationen wie der SS und der Gestapo in den Vordergrund.

Solche Vorstellungen stießen in der Bundesrepublik vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten auf Ablehnung, hier wurde der Nationalsozialismus auf eine kleine Führungsgruppe reduziert, letztlich auf Hitler selbst. Die Vorstellung, dass es allein Hitler gewesen sei, der Regime und Volk zusammengehalten habe und für die Verbrechen des Regimes verantwortlich gewesen sei, mutet heute abwegig an, war aber jahrzehntelang außerordentlich verbreitet – und in der nicht enden wollenden Zahl von neuen Hitler-Biografien klingt diese Wahrnehmungsweise bis heute nach. Die massenhafte Zustimmung zum Regime wurde auf diese Weise ausgeblendet, Parteimitglieder und Bevölkerung wurden als Opfer von Verführung und Gewalt ange-

sehen. Als Täter galten in erster Linie die wenigen NS-Spitzenfunktionäre. Die Männer in den Konzentrationslagern und an den Erschießungsgräben seien überwiegend «Asoziale und Kriminelle» gewesen, wie so schon früh Konrad Adenauer bemerkte – und nach ihm viele andere. Dass deren Kommandeure promovierte Akademiker aus bürgerlichen Elternhäusern waren, galt als unglaublich oder wurde ignoriert. Denn dass der gutbürgerliche Nachbar, Kollege oder Onkel während der Kriegsjahre ein SS-Offizier, KZ-Wachmann oder Judenmörder gewesen sein sollte, schien absurd, weil die Ruchlosigkeit solcher Verbrechen und die Wohlanständigkeit des Nachbarn oder Kollegen nicht zueinander in Beziehung gebracht werden konnten. Und wenn man womöglich auch die NS-Verbrechen nicht bezweifelte, so schienen sie doch Gegenstand einer anderen Erinnerung zu sein, der Erinnerung der Sieger.

Solche Vorstellungen waren natürlich immer auch von dem Interesse gesteuert, personelle Kontinuitäten auszublenden, das Maß an Zustimmung und Begeisterungsbereitschaft gegenüber dem Regime in der Bevölkerung zu negieren und die Rolle der Führungsgruppen in Verwaltung und Wirtschaft sowie der Wehrmacht bei der Kriegs- und Mordpolitik des Regimes zu verbergen. Erst seit den 1990er Jahren und seitdem in zunehmendem Maße wurde sichtbar, dass die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zum «Dritten Reich» und seiner Innen- wie Außenpolitik viel ausgeprägter war als bis dahin angenommen. Und ebenso wurde deutlich, dass die Verbrechen des Regimes in den Ministerien, den Universitäten und der Wehrmachtsführung nicht nur hingenommen, sondern aktiv vorgedacht, konzipiert und mitgetragen worden waren.

Allerdings provozierte die politische Entwicklung im wiedervereinigten Deutschland nach 1990, insbesondere die massiven Ausschreitungen gegen Ausländer und das Anwachsen rechts-extremistischer Gruppierungen, im Lande selbst wie bei seinen Nachbarn irritierte Fragen nach der Gegenwärtigkeit der deutschen Vergangenheit. Denn diese schien nun plötzlich nicht mehr so vergangen wie noch ein Jahrzehnt zuvor. Die Reaktionen in den USA, in Israel oder in Polen auf die Ereignisse von

Rostock und Hoyerswerda, von Hünxe und Mölln schienen jene Befürchtungen zu bestätigen, die in den Jahren bis 1989 zwar geringer geworden, aber wohl nie ganz verschwunden waren. Die Frage, wer die Nationalsozialisten waren – und womöglich: sind – gewann dadurch eine neue Aktualität.

Dieses Buch enthält in elf Kapiteln verschiedene Ansätze, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzen. Sie behandeln die sich wandelnden Erklärungsversuche dessen, was man unter «Nationalsozialisten» verstand, wie das Welt- und das Geschichtsbild der «Nazis» aussah und welche Rolle dabei der Antisemitismus spielte. Es wird gefragt nach der Zustimmungsbereitschaft in der Bevölkerung und nach der Rolle der deutschen Eliten, hier in Sonderheit der Professoren im «Dritten Reich». Die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs von nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft wird diskutiert, ebenso die nach der Vorgeschichte und Typologie des «Lagers», das in der Geschichte des Nationalsozialismus eine so große und schreckliche Bedeutung gewann. Drei Kapitel widmen sich den Perspektiven der Kriegs- und Vernichtungspolitik des NS-Staats. Das betrifft die verschiedenen Varianten der europapolitischen Konzepte des NS-Regimes, die Planungen und Entscheidungen des Kriegs gegen die Sowjetunion und den Weg zur Ermordung der europäischen Juden. Schließlich wird gefragt, welche Bedeutung die Propagierung der «Volksgemeinschaft» während der NS-Diktatur besaß und ob wir Auswirkungen dieser Konzeption auch noch in den Jahren nach dem Kriege feststellen können. Das letzte Kapitel analysiert, in welchem Maße es den NS-Führungsgruppen gelang, nach dem Krieg in der westdeutschen Gesellschaft wieder Fuß zu fassen, und fragt nach den Umständen und Auswirkungen dieser «Rückkehr in die Bürgerlichkeit».

Die Kapitel basieren auf Vorträgen und Aufsätzen, die ich in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten gehalten und verfasst habe und die dabei auch den Weg der Forschung – und meiner eigenen Überlegungen – widerspiegeln. Der älteste Beitrag ist von 1995, der jüngste von 2020. Manche der Analysen und Ein-

sichten dieser Beiträge finden sich später in anderen Arbeiten wieder, vor allem in meiner «Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert» und dem kleinen Buch über «Das Dritte Reich».

Die Beiträge verweisen dabei auch auf den Prozess der allmählichen Herausbildung von Thesen und Schwerpunkten in der Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Kolleginnen und Kollegen, auf deren Studien ich mich neben meiner eigenen Quellenarbeit stütze. Historische Forschung ist ein individueller und arbeitsteiliger, gleichwohl kollektiver Prozess, und gerade im Bereich der NS-Forschung habe ich die enge Zusammenarbeit mit anderen Historikerinnen und Historikern, die in diesem Feld arbeiten und gearbeitet haben, als besonders anregend und hilfreich empfunden. Das hing auch damit zusammen, dass es in diesen Jahrzehnten für die beteiligten Wissenschaftler, deutsche wie nichtdeutsche, nicht einfach war, ein erweitertes, für Deutsche meist sehr schmerzhaftes Bild vom NS-Regime, seinen Anhängern und seinen Verbrechen zu erarbeiten. Dass dieses Bild heute in Deutschland auf zwar nicht einhellige, aber doch verbreitete Zustimmung trifft, war etwa Mitte der 1980er Jahre in Zeiten von Historikerstreit und Bitburg-Kontroverse durchaus nicht absehbar.

Die einzelnen Beiträge wurden, von kleineren Korrekturen und Ergänzungen abgesehen, in der Fassung ihrer Entstehung belassen. Das gilt auch für die Anmerkungen und Literaturhinweise. Hier zeigen sich in manchen Fällen die seither erreichten Fortschritte sehr deutlich, wenn etwa auf Defizite verwiesen wird, die in den darauffolgenden Jahren intensiv bearbeitet wurden. Auch gibt es einige Redundanzen und Überschneidungen. Gleichwohl ist der Band als durchgehende, weitgehend chronologisch strukturierte Studie angelegt. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Forschungsgruppe Zeitgeschichte an der Universität Freiburg, besonders Martin Günzel, sehr für Anregungen und Hilfe bei der Fertigstellung dieses Buches.

Freiburg, im Oktober 2020
Ulrich Herbert.

1. Wer waren die Nationalsozialisten?

Ludwig Losacker, Jg. 1906, Sohn eines Kaufmanns und Fabrikbesitzers, studierte nach ersten Berufserfahrungen in der väterlichen Firma in Heidelberg Jura und Volkswirtschaft und schloss das Studium 1933 mit der Promotion zum Dr. iur. ab.¹ In Heidelberg fand er Kontakt zur völkischen Studentenbewegung, nahm an dem Kampf gegen den jüdischen Universitätsprofessor Gumbel teil und wurde schließlich Mitglied der NS-Studentengruppe. Im Juni 1933 schloss er sich der SS an. Nach Abschluss der Referendarzeit trat er 1934 als Regierungsassessor bei der Polizeidirektion Baden-Baden in den Staatsdienst ein; im Januar 1936 ging er kurzzeitig als Ministerialreferent in das Reichsministerium des Innern. Nach einem Betriebspraktikum bei den IG-Farben trat er im Dezember 1938 als Syndikus in die Firma Wanderer ein und ließ sich in Chemnitz als Rechtsanwalt nieder. Zugleich wurde er Mitarbeiter des SD. Bei Kriegsbeginn ging er wieder in den Staatsdienst und wurde vom Reichsminister des Innern als Landkommissar nach Polen in den Ort Jasło im Distrikt Krakau geschickt, wo er kurze Zeit später zum Kreishauptmann, also etwa zum Landrat, ernannt wurde. Bereits im Januar 1941 übernahm er die Position des Amtschefs in Lublin, im August des Jahres die gleiche Funktion in Lemberg. Im Januar 1943 wurde er Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung des Distrikts Krakau, im Juli 1943 kommissarischer Gouverneur ebendort.

Losacker galt als fähiger Jurist und energischer Verwaltungsmann. Mit der Misswirtschaft unter seinem Vorgänger Dr. Lasch räumte er in Lemberg rasch auf. Wie Thomas Sandkühler in seiner Untersuchung des Holocaust in Lemberg herausarbeitet, baute Losacker in kurzer Zeit rund 45 Prozent der aufgeblähten

deutschen Beamtenschaft wegen charakterlicher und fachlicher Mängel ab. Er setzte sich scharf gegen Korruption ein, was ihm durch seine Funktion innerhalb des SD erleichtert wurde.

Zugleich aber war Losacker mit der Politik Hitlers in der Kirchenfrage durchaus nicht einverstanden. Dieser Dissens ging so weit, dass Losacker sogar nach Berlin reiste, um Hitler persönlich von der Verfehltheit seiner antikirchlichen, in Sonderheit antikatholischen Politik zu überzeugen, wenn auch vergeblich. Losacker setzte sich zudem mehrfach für die polnische Bevölkerung seines Gebietes ein. So protestierte er heftig gegen die Zamość-Aktion, als seit Ende 1942 die polnischen Bewohner aus 300 Dörfern aus dem für deutsche Ansiedlung vorgesehenen Gebiet zwangsevakuiert wurden, wobei Tausende den Tod fanden. Auch wegen der Erschießung von polnischen Gutsbesitzern und eines polnischen Arztes gegen den Willen Losackers kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer. Mitte Oktober 1943 wurde Losacker deshalb seiner Ämter enthoben und zur Waffen-SS geschickt.

Der gleiche Dr. Losacker aber wird übereinstimmend von Dieter Pohl und Thomas Sandkühler als einer der Hauptverantwortlichen für die Ingangsetzung und Durchführung der Ermordung der Juden im Distrikt Lemberg geschildert. Losacker setzte sich besonders engagiert für eine Koordination zur Vereinheitlichung und Effektivierung der «Endlösung» ein, die dann mit der «Aktion Reinhardt» auch in die Tat umgesetzt wurde.

Nach dem Kriege wurde Losacker Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie. Von 1960 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1971 leitete er als Direktor das renommierte Deutsche Industrieinstitut in Köln. Zugleich organisierte er den «Freundeskreis der ehemaligen GG-Beamten», der zum Beispiel das Studium des Sohnes von Hans Frank finanzierte, und trat in fast allen NS-Prozessen, die das Generalgouvernement betrafen, als Entlastungszeuge auf. Losacker starb 1994.

Von Biographien wie dieser werden wir hier häufiger hören: führende Funktionäre der nationalsozialistischen Diktatur, in die Politik des NS-Regimes und seine Verbrechen, vor allem in

den Judenmord, tief verstrickt – aber offenbar keine perversen Fanatiker, keine «Hundertprozentigen» ohne Bildung und Reflexionsvermögen, sondern Männer mit erstklassiger Ausbildung und aus guter Familie, die sich von den tradierten Vorstellungen von dem, was ein Nazi gewesen sei, erheblich unterscheiden. Männer auch, die in der Bundesrepublik teilweise herausragende Karrieren machten und dabei – soweit wir das übersehen können – als loyale Staatsbürger der Bundesrepublik agierten. Wir finden sie in den Besatzungsverwaltungen und im Reichssicherheitshauptamt ebenso wie in den Ministerien und Sonderverwaltungen, in der Wissenschaft und im Militär. Das Bild von dem, was und wer ein Nationalsozialist war, gerät offenbar ins Wanken.

Die Frage, wer die Nationalsozialisten waren, ist die Frage nach dem Charakter der Diktatur. Sie offenbart die politische Botschaft, die mit dem Bezug auf diese Diktatur verbunden wird. Zudem bietet die Frage aber auch ein nützliches Kriterium bei der Untersuchung nicht nur der NS-Diktatur selbst, sondern auch der historiographischen Beschäftigung mit ihr. Im Folgenden soll daher zunächst untersucht werden, welche Entwicklung die Beschäftigung mit dieser Frage nach 1945 genommen hat, wie sie jeweils beantwortet wurde und warum. Im zweiten Schritt wird dann versucht, den Ort des Nationalsozialismus innerhalb der deutschen Rechten in Weimar zu bestimmen, um dann die politischen Karriereprofile während der NS-Zeit näher zu betrachten. Abschließend soll die Problematik der hier besprochenen Ambivalenz näher betrachtet werden.

I.

«In den ersten Tagen», so notierten die Berichterstatter des amerikanischen Geheimdienstes OSS über die Frühphase der Besatzungszeit in Deutschland, «konnte man keinen einzigen Nazi in Deutschland finden... Die Frage, ob er Parteianhänger gewesen sei, wird ein Deutscher immer verneinen. Gleichzeitig wird er aber einen Nachbarn nennen, auf den dies zutrifft.»²

Die Schwierigkeiten der Amerikaner bei dem Versuch, herauszufinden, wer die Nationalsozialisten gewesen seien, hielten an. Zwei Denkschulen bildeten sich dabei heraus, die für die amerikanische Besatzungspolitik von einigem Einfluss waren. Auf der einen Seite die Vorstellung, der Nationalsozialismus sei vor allem auf ein Zusammengehen der traditionellen Eliten mit dem Führungskern der NS-Bewegung zurückzuführen. Aus dieser Analyse, die gerade im OSS viele Anhänger hatte, erwachsen die Nürnberger Prozesse, insbesondere die sogenannten Nachfolgeprozesse gegen Ärzte, Generäle, Industrielle und andere traditionelle Führungsgruppen der deutschen Gesellschaft, die mit den NS-Verbrechen in Verbindung gebracht wurden, sowie gegen Einsatzgruppenführer, Rassespezialisten und andere Funktionsträger des Regimes.³

Auf der anderen Seite stand die Vorstellung, die Grundlage des NS-Regimes und seiner Verbrechen habe in der Massenbasis der Diktatur gelegen, in der Unterstützung des Regimes und seiner Kriegs- und Rassepolitik in erheblichen Teilen der Bevölkerung und in den bei den Deutschen besonders ausgeprägt zu beobachtenden Affinitäten zu autoritärem, antiliberalem, militaristischem und nationalistischem Gedankengut. Aus dieser Denkschule erwuchs das Programm der politischen Überprüfung *aller* Deutschen in den Westzonen, die Entnazifizierung. Dieses ehrgeizige Projekt – nämlich eine Gesellschaft von mehr als 50 Millionen Einwohnern individuell im Hinblick auf ihre politischen Aktivitäten während der NS-Herrschaft zu untersuchen und gegebenenfalls zu bestrafen – traf von Beginn an auf massive Kritik, vor allem, weil bei der Entnazifizierungsprozedur in der US-Zone die leichten, schnell zu erledigenden Fälle zunächst vorgezogen wurden, während man die schwerer Belasteten erst ab 1947 verhandelte, als das Verfahren schon weitgehend an die deutschen Stellen abgegeben worden war. Die aber urteilten nicht zuletzt aufgrund der sich wandelnden politischen Großwetterlage zunehmend milder – mit der Folge, dass ausgerechnet die besonders stark belasteten NS-Funktionäre im Zuge des Kalten Krieges von dieser allgemeinen De-facto-Amnestie profitierten und weitgehend unbehelligt davorkamen.⁴